

■ Die Offene Gesellschaft

Oder: Warum es heute nötig ist, für die Mehrheit einzutreten

Harald Welzer

Eine Frage vorab: Wenn in Mecklenburg-Vorpommern 75 Prozent der Wählerinnen und Wähler freiheitlich und demokratisch wählen, warum unterstützt die etablierte Politik nicht diese Wähler, sondern versucht, die Parolen und Inhalte, auf die 20 Prozent abfahren, auf ihre Mühlen zu leiten? Man verhindert Rechtspopulismus nicht, indem man selbst rechtspopulistisch wird.

Gerade jetzt scheint es nötig, die Demokratie zu verteidigen und für sie einzutreten, weil sie die einzige Gesellschaftsform ist, die Menschen Freiheits-, also Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten bietet. Was uns allen in jeder Hinsicht zu Gute kommt. Dass es auch in einer Offenen Gesellschaft jede Menge zu kritisieren, verbessern, modernisieren gibt, ist keine Frage. Und auch kein Problem: denn sie braucht ja Kritik, Modifikation, Modernisierung, um sich dynamisch zu stabilisieren, in einer sozialen und natürlichen Umwelt, die stetig in Bewegung ist.

In solch einem Zusammenhang steht etwa auch der Streitbegriff der Integration: Zeigt nicht gerade das Beispiel der Bundesrepublik, die aus zwei totalitären Gesellschaften hervorgegangen ist, an deren Ausgangspunkt 1945 sage und schreibe 55 Millionen Flüchtlinge, Vertriebene, befreite Zwangsarbeiter und KZ-Häftlinge, displaced persons aller Art standen, eine unglaubliche Erfolgsgeschichte der Integration, fortgesetzt später durch die Integration der sogenannten Gastarbeiter, der Boat-People aus Vietnam und Laos, der Jugoslawien-Flüchtlinge, der Spätaussiedler? Warum die Hysterie um die fallweise sicher schwierige Integration der heutigen Flüchtlingspopulation?

Andererseits könnte man ja auch mal die Frage stellen, wie es denn um die Integration anderer Bevölkerungsgruppen steht. Sind denn eigentlich alle, die sowieso schon hier sind, gut integriert oder gibt es vielleicht auch bei denen erhebliche Integrationsdefizite? Jedenfalls finden sich unter den Steuerflüchtlingen ganz erstaunlich wenige Asylbewerber, hingegen sehr viele sehr vermögende Menschen wie etwa Präsidenten von Fußballclubs und Herausgeberinnen von feministischen Zeitschriften. Auch große Teile des Topmanagements von Autoherstellern, insbesondere von Volkswagen könnte man

als schlecht integriert bezeichnen; immerhin haben sie mit ihren Manipulationen an Fahrzeugen Millionen von Menschen betrogen. Sind diese Leute von der Deutschen Bank, bei der man ja gar nicht mehr mitkommt, wie viel Klagen gegen sie laufen, eigentlich gut integriert? Wie viele Arbeitsplätze hängen eigentlich vom Integrationserfolg der Topmanager ab? Auch in der Finanzkrise haben sich sehr viele sehr gut bezahlte Menschen als sehr schlecht integriert erwiesen, als sie die Steuerzahler für ihre Schulden haften ließen. Oder fragen wir mal nach der Integration mancher Politiker, etwa der CSU: Sind eigentlich Menschen, die sich für das Grundgesetz nicht interessieren und die Beschlüsse der eigenen Regierung ständig unterminieren, gut integriert? Nein, ganz sicher nicht. Integration bedeutet immer auch Orientierung am Gemeinwohl.

Sinkendes Systemvertrauen entsteht nicht durch Desinteresse am politischen Gemeinwesen, sondern durch die Fahrlässigkeit und Arroganz von Teilen der gesellschaftlichen Eliten, und auch da muss die Debatte für die Offene Gesellschaft ansetzen, nicht bei den Themen, die die Rechtspopulisten setzen. Die sind übrigens, wie alle Studien zur Verbreitung menschenfeindlicher Orientierungen seit Jahrzehnten zeigen, eben bei einem Fünftel der Bevölkerung ohnehin verbreitet und kaum aufklärbar – Menschen mögen ihre Vorurteile, weil sie selbstdienlich sind und Orientierung liefern. Der Unterschied zu früher besteht heute lediglich darin, dass es mit der AfD eine Partei gibt, in der sich dieser Bevölkerungsteil wiederfindet – das heißt aber eben keineswegs, dass es sich bei den behaupteten »Ängsten« und »Besorgnissen« um gesamtgesellschaftlich verbreitete Symptome handelt.

Deutschland ist ein hervorragendes Beispiel für eine offene Gesellschaft, was sich

zum Beispiel daran zeigt, dass bei uns die Arbeitslosigkeit so niedrig ist wie seit einem Vierteljahrhundert nicht mehr. Dass mehr Kinder Abitur machen als jemals zuvor. Dass die Polizei immer mehr Beamte mit »Migrationshintergrund« einstellt. Dass Radfahren in der Stadt normal geworden ist, dass Menschen Genossenschaften gründen, um gemeinsam zu bauen, zu gärtnern, zu arbeiten, Energie zu erzeugen. Dass das Politikinteresse bei jungen Menschen stark gestiegen ist, ihre Angst vor Zuwanderung dagegen stark gesunken. Dass die meisten Menschen hierzulande den Nationalismus für von vorgestern halten und Demokratie gut finden. Oder: dass sie Gewalt in jeder

Form ablehnen, sich in unglaublich großer Zahl ehrenamtlich engagieren, bei den Landfrauen genauso wie bei Amnesty International, in Sprachcafés, bei Greenpeace, oder bei der freiwilligen Feuerwehr.

Weil das alles so ist, organisieren sich jetzt, ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl, die Freundinnen und Freunde der Offenen Gesellschaft und machen aus jedem einzelnen der 365 Tage ab dem 22. September einen Tag der Offenen Gesellschaft: mit Musikfestivals, Debat-

ten, Lesungen, Kampagnen, Erzähl-Abenden, Skat-Turnieren, Picknicks, Konzerten, Filmen und Demonstrationen. Es sind schon heute rund 250 Freundinnen und Freunde, Theater, Vereine, Verbände und Unternehmen dabei, und mir scheint die Vorstellung faszinierend, dass ein ganzes Land plötzlich mal pro ist und für das eintritt, was es ist und was es kann – eine soziale Bewegung für das zivilisatorische Projekt, das im Grundgesetz formuliert ist und der ständigen Ausgestaltung bedarf. Machen Sie mit, werden Sie Freundin und Freund der Offenen Gesellschaft. Wie? www.die-offene-gesellschaft.de!



Prof. Dr. Harald Welzer (Foto: privat)